

Votum Anita Mazzetta, Junisession 2023

Zum Auftrag betreffend Aktionsplan für Elektroheizungen bis 2030

Sehr geehrter Herr Landespräsident, wertige Regierung, geschätzte Ratsmitglieder

Wir sind uns wohl einig, dass Elektroheizungen extrem ineffizient sind und mit effizienteren Heizsystemen ersetzt werden müssen. Gerade in den kalten Wintermonaten, wenn der Strom knapper ist, verbrauchen sie sage und schreibe 10 % des Gesamtstromverbrauchs. Sie belasten das Elektrizitätsnetz in dieser Zeit stark. Mit der Winterstrommangellage im letzten Winter ist das Thema Effizienz noch dringlicher geworden. Zudem sind die Strompreise stark gestiegen. Der Ersatz der Elektroheizungen ist darum wichtig für eine sichere und effiziente Stromversorgung.

Die gute Nachricht ist, dass die Technologien für einen reibungslosen Ersatz vorhanden sind. Wärmepumpen z.B. sind drei bis fünf Mal effizienter als Elektroheizungen. Der Umbau senkt die Betriebskosten für die Hausbesitzer*innen erheblich. Die Investition ist für viele Hausbesitzer*innen aber zu gross, gerade wenn noch ein neues Wärmeverteilsystem eingebaut werden muss. Und darum geht es mit den heutigen Fördergeldern nur langsam voran.

Zwar wurden die Förderbeiträge dank dem Green Deal verdoppelt. Das hat Wirkung gezeigt. Mehr Hausbesitzer*innen, vor allem auch mit dezentralen Elektroheizungen, haben dies für einen Heizungswechsel genutzt. Die Zahlen in der Antwort der Regierung zeigen aber auch, wenn wir in diesem Tempo weiter machen, dann dauert es noch 80 Jahre bis die Elektroheizungen weg sind. Denn Elektroheizungen können immer wieder repariert werden und lange im Betrieb bleiben.

Im Vergleich zu Graubünden sind viele Kantone viel schneller unterwegs und ersetzen Elektroheizungen mit Hochdruck. Der Grund: sie haben eine Sanierungspflicht. Insgesamt kennen schon 11 Kantone diese Ersatzpflicht, Tendenz steigend. Die Elektroheizungen müssen in diesen Kantonen in 10 bis 15 Jahren ersetzt werden. Graubünden hat bis heute keine Sanierungspflicht, umso wichtiger ist eine starke Förderung des Heizungsersatzes. So kann auch Graubünden seinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

Wichtig ist für mich zudem die Aussage von Bundesrat Rösli. Wie wir wissen, stellt der Bund nach Annahme des Klimaschutzgesetzes – und ich gehe davon aus, dass das Gesetz am Sonntag angenommen wird – in den nächsten 10 Jahren 2 Mia. Franken für den Heizungsersatz zur Verfügung. Bundesrat Rösli hat bereits angekündigt, dass die Hälfte davon für den Ersatz von Elektroheizungen verwendet werden soll. Mir ist klar, dass die Regierung diese Information bei der Beantwortung des Vorstosses noch nicht hatte. Es ist aber wichtig, dass auch Graubünden das Geld aus Bern optimal abholt. Und dafür müssen die Weichen jetzt gestellt werden.

Darum plädiere ich dafür, den Auftrag unverändert zu überweisen und nicht im Sinne der Regierung. Was die Regierung uns hier anbietet, ist das, was die Regierung mit der nächsten Generation der Mustervorschriften der Energiekantone MuKE n sowieso machen wird. Wenn wir auf die Revision des Energiegesetzes warten, verlieren wir wertvolle Zeit.

Sollte es hier keine Mehrheit für die Überweisung des ursprünglichen Auftrags geben, kann ich versichern, dass wir genau hinsehen werden, wie die Regierung die Zusatzmittel, die der Bund für die Elektroheizungen nach dem 18. Juni zur Verfügung stellt, abholen wird.

Ich danke für die Überweisung meines unveränderten Auftrages.